

Eurozone: Die Umverteilung hält an

Das Eurozonenbudget kommt – in abgespeckter Form

Die Eurozone wird immer mehr zu einem Transfersystem umgebaut, unter Zutun der Europäischen Zentralbank. Die Eigenverantwortung der einzelnen Staaten für ihr Handeln zählt immer weniger.

Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron hatte vor mehr als zwei Jahren gewaltige Wünsche an die Eurozone. Er wollte einen gemeinsamen Geldtopf der Eurozone, der finanziell mehrere Prozentpunkte der Wirtschaftsleistung aller Eurostaaten umfasst. Frankreich schielte damals vor allem auf zusätzliches Geld für kriselnde Euro-Staaten, die unter hohen Soziallasten leiden, und perspektivisch auf eine europäische Arbeitslosenversicherung.

Ein Kernproblem der Eurozone ist nicht wegzudiskutieren – die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Staaten. Trotz gemeinsamer Währung ist die Eurozone großen Fliehkräften ausgesetzt, da trotz jahrzehntelanger Umverteilung von Milliarden Euro über den EU-Haushalt die Kluft zwischen stärkeren und schwächeren Staaten wächst. Mit einem eigenen Budget für die Eurozone wollte Macron die klammernden Staaten zusätzlich pöppeln – und zwar dauerhaft.

Eurozonenetat startet als Light-Variante

Geblockt haben Macrons Multi-Milliarden-Etat im Oktober die Niederlande und die nordeuropäischen Eurostaaten. Zum einen soll das neue Budget ab 2021 an den EU-Haushalt gekoppelt und auch über diesen finanziert werden. Direkte Mehrbelastungen entstehen den Steuerzahlern vorerst also nicht. Auch wirkt das Volumen mit 17 Mrd. Euro über einen Zeitraum von 7 Jahren überschaubar. Ebenfalls wurde der Fokus des Budgets deutlich eingegrenzt – nun geht's nur noch um Investitionsmittel und Anreize für Strukturreformen, um die wirtschaftlichen Fliehkräfte einzudämmen. Wenngleich schwächere Staaten stärker profitieren sollen, werden Länder mit hoher Arbeitslosigkeit nicht gesondert bevorzugt. Doch vieles kann sich künftig deutlich ändern, denn bisher wurden nur Grundsätze vereinbart. Die Budgethöhe und dessen Finanzierung bleiben Streitfragen.

Doch auch wenn das Eurozonenbudget deutlich entschärft wurde, lauert im Hintergrund immer noch sein großer Bruder – der Euro-Rettungsschirm ESM, mit seinen Kredithilfen von bis zu 500 Mrd. Euro für strauchelnde Eurostaaten. Im Dezember wollen ihn die Regierungschefs zu einem Europäischen Währungsfonds mit weitreichenden Befugnissen aufwerten. Damit wollen sie vor allem den strengen aber sinnvollen Auflagen des Internationalen Währungsfonds bei den zumeist milliardenteuren Notfallhilfen zur Rettung von Pleitestaaten entkommen. Der Fall Griechenland hatte immer wieder gezeigt, dass dem IWF das Geld nicht so locker sitzt wie den helfenden Europartnern. Diese Konflikte bleiben künftig erspart, und das reichlich vorhandene ESM-Geld kann innerhalb der Euro-Familie leichter den Problemländern zugeschoben werden.

Deutschland droht finanzielle Überforderung

Ein ähnlicher Streit zwischen Gebern und Nehmern wird wohl auch im Dezember voll ausbrechen, wenn es um den Finanzrahmen der gesamten EU für die Jahre 2021 bis 2027 geht. Viele Nehmerländer und auch das Europäische Parlament wollen das EU-Budget massiv ausweiten, Deutschland will es möglichst begrenzt halten. Die EU-Kommission hatte ursprünglich ein 7-Jahres-Budget von etwa 1.100 Mrd. Euro vorgeschlagen – das Parlament fordert mehr als 1.300 Mrd. Euro. Die Folgen für Deutschland wären gravierend, wie Berechnungen des Bundesfinanzministeriums zeigen. Bereits beim Kommissionsvorschlag

würde unser Netto-Beitrag von 13,5 sprunghaft auf 30 Mrd. Euro im Jahr 2027 steigen. Obsiegen Parlament und Nehmerländer, wäre der deutsche Netto-Transfer nach Brüssel sogar noch größer. Das muss die Regierung in jedem Fall verhindern!

EZB wirft erneut Notenpresse an

Eine große Umverteilung betreibt auch die Europäische Zentralbank (EZB). Nachdem sie erst Ende 2018 ihr gigantisches Ankaufprogramm von Staatsanleihen der Eurostaaten gestoppt hatte, geht sie seit November mit 20 Mrd. Euro pro Monat wieder in die Vollen – vorerst zeitlich unbegrenzt. Davon profitieren erneut viele Südeurostaaten, die einen hohen Kapitalbedarf haben. Sie finden in der EZB einen chronischen Abnehmer ihrer Schuldtitel – dank des Anwerfens der Notenpresse – und müssen zudem aufgrund der anhaltenden EZB-Niedrigzinspolitik wenig Zinsen für ihre hohen Schulden zahlen. Doch diese Politik erzeugt viele Verlierer, vor allem unter den Sparern in Deutschland. Einerseits leiden diese bereits unter Nullzinsen, nun sind sie auch wehrlos der Geldentwertung ausgesetzt, da die EZB durch ihre Geldflut künstlich eine höhere Inflation erzeugen will.

Es bleibt dabei: Die Geld- und Fiskalpolitik der Eurozone dient immer mehr der Umverteilung. Viele Milliarden Euro werden klammen Eurostaaten zugeschustert, ohne die Ursachen ausreichend für die jeweiligen Probleme zu würdigen, sprich: die politische Eigenverantwortung der Staaten für ihr Handeln wird ausgehebelt – aus BdSt-Sicht aber das A und O der Gemeinschaftswährung. Deshalb wird sich der Verband weiter für eine solide Eurozone einsetzen, die ohne Dauertransfers auskommt!

Quelle: DER STEUERZAHLER (11/2019), Bund der Steuerzahler Deutschland e. V.